

Bundeswehr

Zur Musterung müssen alle

10. Februar 2023, 11:31 Uhr | Lesezeit: 4 min

Die Debatte über einen allgemeinen Wehrdienst lässt sich nicht einfach beenden - auch wenn die FDP das möchte. Manche Fachleute raten nun zu Modellen wie in Norwegen und Schweden.

Von Georg Ismar, Berlin

Die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD) hätte gerne eine Debatte über eine Art Wehrpflicht light, eine Mischung aus Verpflichtung und Freiwilligkeit. Doch die FDP ist bemüht, den Geist gar nicht erst aus der Flasche zu lassen. "Das wird es mit den Freien Demokraten nicht geben", sagte diese Woche deren Erster Parlamentarischer Geschäftsführer Johannes Vogel im Bundestag.

"Es wäre erstens eine Frechheit gegenüber der jungen Generation", sagte Vogel. "Und vor allem würde es uns aufhalten auf dem Weg zur Profi-Bundeswehr."

Doch da es mit der Rekrutierung von geeignetem Nachwuchs hapert, da außerdem die Wehrhaftigkeit im Falle einer Eskalation mit Russland in Bundeswehrkreisen diskutiert und eine Entfremdung zwischen Gesellschaft und Staat konstatiert wird, werden Alternativmodelle erörtert.

Eine allgemeine Musterung brächte jeden mit dem Thema in Kontakt

Wichtig sei eine zivile und militärische Reserve, betont der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*, selbst ein früherer Berufssoldat. Bei der Auswahl eines Wehrdienstmodells stelle sich die Frage, wie diese am effizientesten erreicht werden könnten, "und zwar im Spannungsfeld der Wirtschaft mit einem eklatanten Fachkräftemangel, den Kosten für den Wiederaufbau von Strukturen und Investitionen in Kasernen, Ausbilden und Material sowie dem gesetzlichen Änderungsbedarf, der Mehrheiten in Parlament und Gesellschaft erfordert".

Deshalb seien Modelle wie in Norwegen oder Schweden sehr überlegenswert, betont Kiesewetter. Sie würden tatsächlich die Dienstpflicht mit Freiwilligkeit verbinden, finanzielle und materielle Anreize geben und nur einen bestimmten Teil eines Jahrgangs betreffen. Zugleich aber müssten sich wegen der allgemeinen Musterung alle mit der Frage beschäftigen.

Wie das in Norwegen genau abläuft, ist beim dortigen Verteidigungsministerium zu erfahren. Das Parlament in Oslo hat bereits 2013 beschlossen, die Wehrpflicht auf Männer und Frauen auszudehnen. Seit 2015 gibt es eine allgemeine Wehrpflicht mit einer Pflichtdienstzeit von zwölf bis 15 Monaten - aber längst nicht alle werden verpflichtet. "Jedes Jahr im Sommer schreiben wir die gesamte Kohorte derjenigen ein, die in dem Jahr 17 Jahre alt werden", sagt Stabsoffizier Knut Vidar Evensen vom Verteidigungsministerium der SZ. Das seien rund 60 000 Jugendliche. Diese müssen einen ausführlichen Fragebogen beantworten, auch zur körperlichen und gesundheitlichen Verfassung, eine erste Musterung sozusagen.

Danach werde die Zahl potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten auf rund 25 000 reduziert. "Die durchlaufen in dem Jahr, in dem sie 18 Jahre alt werden, einen Auswahlprozess in unseren Rekrutierungszentren", sagt Evensen. Schließlich würden etwa 13 500 zum Wehrdienst verpflichtet. Mehr auszubilden, ist von den Strukturen her kaum möglich, und so kann man gezielt um die werben, die wirklich infrage kommen.

Der Dienst beginnt mit dem 19. Lebensjahr oder nach dem Abitur. Er umfasst sieben Wochen Grundausbildung, neun bis zehn Monate Ausbildung in der Heimateinheit, dazu noch Spezialtrainings. Bis zum Alter von 44 Jahren kann man danach in Krisenlagen eingezogen werden. So wird zumindest ein Großteil eines Jahrgangs gemustert, junge Männer und Frauen müssen sich mit dem Thema Militär auseinandersetzen - und bilden eine Personalreserve. Laut einer Statistik sagen sogar vier von zehn Wehrpflichtigen, dass sie eine militärische Laufbahn in Erwägung ziehen.

Viele Zeitsoldaten sind über den Wehrdienst zur Bundeswehr gekommen

Der deutsche Marineinspekteur, Vizeadmiral Jan Christian Kaack, früher Kommandeur des Zentrums für gemeinsame Kriegsführung der Nato in Stavanger, ist ein großer Anhänger dieses Modells. "Bei uns geht die Diskussion nur darüber, wie sollen wir denn 200 000 junge Menschen unterbringen", sagte er der dpa. Doch kaum jemand will ernsthaft die Rückkehr zu solchen Zahlen. Und über das Thema Wehrgerechtigkeit würde in Norwegen niemand reden. Vielmehr sei es weitgehend Konsens, dass diese jungen Menschen einmal in ihrem Leben etwas für den Staat tun könnten.

"Ich bin der festen Überzeugung", so Kaack, "dass wir bei der zu erwartenden demografischen Entwicklung die Basis derer, die wir bewerben können, verbreitern müssen. Es ist nun mal Fakt, dass wir früher 70 Prozent unserer Längerdienner aus der Wehrpflicht gezogen haben."

Auch beim Zivildienst war es nach Studien so, dass Jahr für Jahr ein bestimmter Prozentsatz derer, die diesen Dienst leisteten, danach etwa in Pflegeberufen tätig wurden. Diese Tatsache wird auch gegen die Argumente von FDP-Chef Christian Lindner ins Feld geführt, der die ganze Debatte als "Gespensterdiskussion" abtut, und meint, eine Dienstpflicht würde den Fachkräftemangel weiter verschärfen.

CDU-Politiker Kiese Wetter betont darüber hinaus, das norwegische Modell könne einen Mehrwert für die Gesellschaft insgesamt schaffen. Die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 habe zu einem Abbau von Resilienz und Wehrbereitschaft geführt und den Mangel an strategischer Kultur in Deutschland verschärft. "Gerade hier liegt der Vorteil einer Vollmusterung der Jahrgänge wie in Norwegen", sagt er. "Jeder junge Mensch muss sich mit der Frage beschäftigen, was er und sie für die Gesellschaft tun kann." Selbst wenn am Ende kein Dienst geleistet wird. "So würde man erreichen, dass der Gedanke eines Gesellschaftsdienstes, ob als Pflicht oder freiwillig, wieder Teil unserer Kultur wird."

Notwendig wären erhebliche Investitionen

Und es sollten auch keine neuen Musterungs- und Erfassungsstrukturen analog zu den früheren Kreiswehrrersatzämtern geschaffen werden. Diese Aufgaben könnten von Amts- und Betriebsärzten und mit digitalen Fragebögen erfüllt werden.

Angesichts der Bedrohungslage durch Russland hält es Kiese Wetter darüber hinaus für sinnvoll, sich staatlich die Optionen zu eröffnen, zumindest eine Datenbasis zu haben, um jungen Menschen Angebote direkter und individueller machen zu können, sei es für einen befristeten Dienst bei der Bundeswehr oder in einem sozialen Dienst.

Allerdings geht es anders als in Norwegen um Jahrgänge mit knapp 700 000 jungen Männer und Frauen. Auch wenn nur ein Zehntel am Ende einen Wehrdienst antreten würde, wäre das eine Herausforderung. Kiese Wetter räumt ein, dass auch 10 000 oder 50 000 Wehrdienstleistende Kasernen, Material und Ausbildung bräuchten, "die wir in Deutschland nicht mehr haben, und die massive Investitionen zunächst in Beton, statt in Köpfe erfordern würden".

Aber man bekomme aktuell nicht mal die vorgesehenen Stellen im freiwilligen Wehrdienst besetzt, "und das Personalproblem wird sich noch verschärfen, wenn wir die Nato-Zusagen halten

wollen". Die Bundeswehr müsse also strukturell attraktiver werden - zumindest da ist auch die FDP mit ihm einig. Aber weil seit Jahren Lösungen für die Personalprobleme fehlen, ist nun der Geist doch wieder aus der Flasche.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5748185

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/mcs

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.